

Hochschulregionalismus, Wissensgesellschaft und demografischer Wandel

Peer Pasternack

Problemstellungen

Hochschulregionalität in der Wissensgesellschaft

Seit der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre verbindet sich mit der Gründung von Hochschulen immer auch die Erwartung, damit die regionalen Entwicklungen zu fördern. Auch die Etablierung von Fachhochschulen in Österreich seit 1993 folgte bzw. folgt dieser Intention.¹ Zugleich haben sich seit den 60er Jahren beständig die Schwerpunkte derartiger Absichten und Hoffnungen verschoben, so dass sich das Spektrum der regionalen Ansprüche an die Hochschulen kontinuierlich erweitert hat. Die wohl wichtigste Verschiebung markiert der Übergang von einem passiven zu einem aktiven Hochschulregionalismus:

- Lange Zeit beschränkten sich die Erwartungen weitgehend auf die regionale Versorgung mit Bildungsangeboten sowie die Stimulation der lokalen Wirtschaft durch Nachfrageeffekte und konnten von den Hochschulen durch ihre bloße Existenz als erfüllt betrachtet werden.
- Der aktive Hochschulregionalismus hingegen beschreibt Hochschulen als Akteure, denen eine „Dritte Mission“ zukommt. Die wichtigsten Erwartungen, die sich diesbezüglich an die Hochschulen richten, betreffen vor allem drei Bereiche: Sie sollen die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region gewährleisten, Impulse zur Entwicklung regio-

¹ Vgl. dazu das Kapitel „Regionale Bedeutung der Fachhochschuleinrichtungen“ im Beitrag von Elmar Schüll in diesem Band.

naler Innovationsstrukturen geben und Beiträge zur Bewältigung nicht-ökonomischer regionaler Herausforderungen liefern.

Eine Akzentuierung erfahren derartige Erwartungshaltungen gegenüber den Hochschulen durch die populäre These vom Aufkommen der Wissensgesellschaft. Der Begriff beschreibt eine „Lebensform“, in der Wissen „zum Organisationsprinzip und zur Problemquelle“ der Gesellschaft wird (Stehr 2001, S. 10). Es muss an dieser Stelle nicht interessieren, inwieweit diese Beschreibung exklusiv ist, mit anderen Gesellschaftsbildern konkurriert oder aber diese ergänzt. Die Beschreibung repräsentiert jedenfalls eine bestimmte Perspektive, die auf Wissen als zentrale Voraussetzung der allgemeinen Wohlfahrt und gesellschaftlichen Entwicklung abstellt – und zwar auf wissenschaftliches statt traditionales oder religiöses Wissen. Diese Perspektive betont, dass wir in der Gegenwartsgesellschaft „unsere Wirklichkeit durchweg aufgrund unseres Wissens einrichten“ und dass „Ereignisse oder Entwicklungen zunehmend ‚gemacht‘ werden, die zuvor einfach ‚stattfanden‘“ (ebd.).

In der Wissensgesellschaft, so heißt es dann, sei der wirtschaftliche Erfolg eines Landstrichs – abgesehen von der Ausstattung mit einem gewissen technologischen Know-how – wesentlich von der Möglichkeit abhängig, auf Arbeitskräfte aus der kreativen Klasse zugreifen zu können. Diese Wissensarbeiter wiederum würden sich bei der Wahl ihres Wohn- und Arbeitsortes von postmateriellen Werten, wie lokale Toleranz, Kulturangebote oder Lebensqualität, leiten lassen.

Aus diesen Annahmen resultiert eine „Theorie von nahezu biblischer Einfachheit“ (Steets 2011, S. 87): Angezogen von einer attraktiven städtischen Kultur strömten die Kreativen in tolerante Städte und erzeugten dort wirtschaftliche Prosperität. Damit lenke nicht länger das Jobangebot die Mobilitätsströme der Kreativen, vielmehr folgten die Jobs den Wissensarbeitern. Entsprechend müsse das Ziel der Stadtentwicklung vornehmlich darin bestehen, die Bildung kreativer Milieus zu fördern und die Stadt somit in einen Anziehungspunkt für Wissensarbeiter zu verwandeln. Damit rücken Hochschulen als Ausbilder der Wissensarbeiter vermehrt in den Fokus. Daraus resultieren strategische Bemühungen, derartige Wirkungen durch eine aktive Gestaltung des Verhältnisses von Stadt und Hochschule zu fördern. Hierbei sind allerdings einige einschränkende Bedingungen zu berücksichtigen und produktiv zu wenden.

So sind die in der Literatur meist herangezogenen Modelle typischerweise für bzw. anhand von Metropolen entwickelt worden. Da dort spezifische Voraussetzungen hinsichtlich der Größe, Dichte, Heterogenität und Anziehungskraft bestehen, greifen diese Konzepte an nichtmetropolitanen Orten nur bedingt. Um dem Widerspruch von metropolitanen Konzepten und nichtmetropolitanen Umsetzungsbedingungen zu begegnen, müssen die Unterschiede zwischen Metropolen und kleineren/mittleren Städten sowie die Wirkungen der unterschiedlichen Ortsbedingungen berücksichtigt werden.

Es gibt in den Nichtmetropolen eher kleine oder keine Hochschulen, folglich auch keine hohe Studierendendichte. Die hochschulinduzierte wissensintensive Dienstleistungsnachfrage ist gedämpft, ebenso das betreffende Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch ausstellungsvorbereitende Arbeiten des örtlichen Naturkundemuseums repräsentiert als durch Ludwig Boltzmann Institute. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen nur ausnahmsweise vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an F&E-intensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung. Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird durch ein traditional-bildungsbürgerliches Milieu dominiert statt durch innovationsgeneigte Avantgardisten. All dies zu berücksichtigen, kann nicht zuletzt zur Ausprägung realistischer Erwartungshaltungen beitragen: Welche Resonanzbedingungen finden Hochschulen an ihren jeweiligen Standorten vor, um innerhalb der Regionalentwicklung eine prägende Rolle zu spielen?

Städte und Regionen verfügen gegenüber den Hochschulen entweder kaum über Steuerungsmechanismen, oder sie wirken, wie bei einer Reihe österreichischer Fachhochschulen, als deren Mit-Erhalter. In letzterem Falle erfolgen Abstimmungen zwischen Stadt/Region und Hochschule nicht zwingend auf Augenhöhe, sondern eher über steuernde Eingriffe. Konsens kann sich hier einstellen, soweit die eingesetzte Geschäftsführung und die (Mit-)Erhalter dieselbe Gesinnung teilen. Doch auch im ersteren Falle müssen Anstrengungen, ein produktives Kooperationsverhältnis zwischen Stadt bzw. Region und Hochschule zu erzeugen, konsensual erfolgen. Entsprechend erscheint die Bildung von lokalen Netzwerken als ein erfolgversprechender Weg, um über punktuelle Aktivitäten hinaus zu einer kontinuierli-

chen und zielorientierten Kooperation von Stadt und Hochschule zu gelangen.

Sowohl Stadt- und Regionalentwicklung als auch Hochschulen gelten als in besonderer Weise planungsabstinent. Sollen beide miteinander synchronisiert werden, hat man es folglich zunächst mit Planungsabstinentz im Quadrat zu tun. Daher beschränken sich die Handlungsmöglichkeiten darauf, Gelegenheitsstrukturen für potenziell produktive, wechselseitige Verstärkungen der Hochschul- und Regionalentwicklung zu schaffen, also die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern. So bieten bspw. Hochschulen für Städte die besten Chancen, Menschen in einer biografisch stark aufnahme- und prägefähigen Phase für sich zu begeistern und an sich zu binden. Indem Bedingungen geschaffen werden, mit denen Studierende und dann HochschulabsolventInnen an die Stadt bzw. Region gebunden werden, lassen sich zentrale Voraussetzungen erzeugen, um wissensbasierte Entwicklungen wahrscheinlicher zu machen. Zwar können dafür keine Erfolgsgarantien abgegeben werden, doch wenn Stadt und Region schon daran scheitern, von jedem Hochschulabsolventenjahrgang relevante Anteile Kreativer an sich zu binden, dann fehlen bereits wesentliche Grundlagen für wissensbasierte Regionalentwicklungen.

Diese einschränkenden Bedingungen bedeuten aber nicht, dass jegliches zielgerichtete Handeln, da erfolgsunsicher, von vornherein abwegig ist. So sind sich Städte und Hochschulen in einem Punkt sehr ähnlich, der Synchronisation ihrer Entwicklung fördern kann. Beide sind Inkubatoren von (sozialer und wirtschaftlicher) Innovation. Die Hochschulen sind dies, weil sie (auch) Zonen darstellen, in denen frei von unmittelbarem Handlungsdruck nachgedacht und ausprobiert werden kann. Städte sind solche Inkubatoren, weil sie im Unterschied zu sämtlichen sonstigen Siedlungsformen ihren Bewohnern Möglichkeiten bieten, sich sozialer Kontrolle zu entziehen. Zudem benötigt jegliche Innovation Risikotoleranz, und Städte bieten ein fehlerfreundliches Umfeld, in dem Entscheidungen revidiert werden können, weil Alternativen bereitstehen.

Beide, Hochschulen und Städte, sind Inkubatoren von Innovation, weil (und wenn) sie Freiräume und geschützte Zonen für das bisher noch nicht Gedachte und Ausprobierte, für scheinbar Abwegiges und noch Unreifes bieten. Beide sind gleichermaßen durch Heterogenität gekennzeichnet. Deren wichtigstes Merkmal ist die Mischung von Konformität und Nichtkon-

formität. Innovation ist immer das Noch-nicht-Mehrheitsfähige; was bereits mehrheitsfähig ist, ist Mainstream; der erstarrt irgendwann zur Orthodoxie – und ist spätestens dann reif für die Ablösung durch erneute Innovation. Dieser Kreislauf benötigt eine permanente Zufuhr kognitiver Energien – und jene können Hochschulen sicherstellen, indem sie interessierte und interessante Menschen in die Stadt ziehen bzw. in der Stadt halten. Für diese schließlich können Hochschulen und Städte mit gegenseitig sich ergänzenden Vorteilen aufwarten: Hochschulen bieten Zeitsouveränität, Städte bieten Raumsouveränität. Die gemeinsame Nutzung beider erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass innovierende Zufälle eintreten.

Demografischer Wandel

Regionalentwicklung hat eine zentrale Voraussetzung: Die zu entwickelnden Regionen müssen in relevantem Maße Siedlungsgebiete von Personen im Erwerbsalter sein. Das ist nicht mehr so selbstverständlich, wie es lange Zeit schien. Der demografische Wandel erschüttert die diesbezüglichen Gewissheiten, jedenfalls dann, wenn man die entsprechenden Probleme an sich heranlässt – immerhin entfaltet das Thema „eine Anziehungskraft wie ein Vortrag über Bestattungsvorsorge. Jeden trifft es einmal, aber keiner will darüber sprechen“ (Müller 2012).

Nur bis 2015 noch wird in Österreich der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in fast allen Bundesländern ansteigen; Kärnten verzeichnet bereits in diesem Zeitraum eine Reduktion. Danach setzt der Rückgang in allen Bundesländern ein; bis 2030 wird die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen ca. sechs Prozent (in Wien) und 17 Prozent (in Kärnten) zurückgehen. Zugleich ist absehbar, dass in allen Bundesländern die Zahl und der Anteil der unter 15-Jährigen stark sinken werden. Lag der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2005 noch zwischen 14,7 Prozent in Wien und 19,3 Prozent in Vorarlberg, so wird er im Jahr 2050 im Bereich von 10,4 Prozent im Burgenland und 13,8 Prozent in Vorarlberg liegen (Schipfer 2005, S. 13). „Langfristig wird die Geburtenbilanz nur in Wien positiv bleiben“ (Huber et al. 2010, S. 4).

Demografischer Wandel geschieht immer. Die Fertilität ändert sich entweder nach oben oder nach unten, in Österreich seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts meist nach unten. Die Mortalität verschiebt sich seit langem nach hinten. Die Ströme der Mobilität – Zu- und Abwanderung – fol-

gen der je aktuellen Verteilung von Lebenschancen im Raum. Werden bestimmte, als kritisch bewertete Grenzen über- oder unterschritten, so werden manche Konstellationen als problematisch wahrgenommen. Diagnostiziert werden unausgewogene Generationenmischungen, nämlich mehr Ältere als Jüngere. Reproduktionsraten unter 2,3 Kindern pro Elternpaar, so eine häufige Argumentation, führten zu Schwierigkeiten. Viele Regionen oder Orte gelten als zu dünn besiedelt. Der Teilausgleich von Schrumpfungsentwicklungen durch Zuwanderung geht einher mit Integrationsproblemen.

Zwar werden Phänomene einer schrumpfenden Bevölkerung in Österreich nur punktuell auf kleinräumiger Ebene auftreten. Kärnten wird bis 2030 das einzige Bundesland mit stagnierender Bevölkerungsentwicklung sein (Huber et al. 2010, S. 5). Der Grund dafür ist die Einwanderung. Doch die bereits bestehenden Muster der räumlichen Differenzierung werden sich fortsetzen, insbesondere infolge der Binnenwanderung. So resultiert bereits heute für Niederösterreich und (abgeschwächt) das Burgenland aus der Binnenmigration ein durchgängig positiver Bevölkerungsimpuls, der sich vor allem aus Suburbanisierungsprozessen im Großraum Wien speist. Dagegen liegen bis 2030, neben Wien selbst, die Bundesländer Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg dauerhaft im Minus, mit Ausnahme von ein bis zwei Jahren auch Tirol und Vorarlberg (ebd. S. 4).

Erwartet wird, dass die zunehmende Dominanz der Migration Polarisierungstendenzen auf (klein-)räumlicher Ebene verstärkt. Da Migranten und Migrantinnen tendenziell jünger sind, korrelieren Bevölkerungsdynamik und Alterung zunehmend (negativ):

„Dies begünstigt eine Teilung der Regionen in demographische ‚Gewinner‘ und ‚Verlierer‘ [...] Da Migranten/innen vor allem die Zentren und ihr Umland bevorzugen, dürfte die Trennlinie bei zunehmender Dominanz der Wanderung als Triebfeder des demographischen Wandels dabei verstärkt nach einem Zentrum-Peripherie-Muster verlaufen“ (ebd. S. 5).

In Bezug auf den Raum ergibt sich also vor allem eine Fragmentierung. Die Prozesse verlaufen regional selektiv und mit unterschiedlicher Intensität. In der Perspektive der Regionalentwicklung folgt aus der Polarisierung in demografische Wachstumszonen und Schrumpfunggebiete eine Raum-

differenzierung in Prosperitätszonen einerseits und Stagnations- bzw. Abschwungkorridore andererseits.

Mitunter wird versucht, die Folgen dieser Prozesse jenseits eines auch grassierenden Demografie-Alarmismus zu formulieren. Der demografische Wandel müsse als Chance begriffen werden, heißt es dann. Daran ist zunächst und in jedem Falle eines richtig: Was ohnehin passiert, sollte man zumindest daraufhin prüfen, ob ihm auch Chancen innewohnen. Hier kommen die Hochschulen ins Spiel.

Problembearbeitung: Hochschulen in demografisch sich wandelnden Regionen

Im demografischen Wandel nehmen die Hochschulen zweierlei Rollen ein, eine passive und eine aktive. Sie sind einerseits Objekte des demografischen Wandels, das heißt: Sie sind objektiv von Umfeldentwicklungen betroffen, die sie nicht beeinflussen können, beispielsweise reduzierte Studienanfängerjahrgänge oder durch rückläufige Studienanfängerzahlen induzierte Ausstattungseinbußen. Andererseits jedoch sind die Hochschulen auch Subjekte des demografischen Wandels, das heißt: potenziell gestaltende Akteure, die einen strategischen Umgang mit dessen Folgen entwickeln können.

Bildungsfunktion

Eine zentrale Idee der Moderne ist die Erzeugung gesellschaftlicher Teilhabechancen durch Bildung. Dabei verbinden sich bildungsemanzipatorische Ideen der Aufklärung mit wirtschaftlichen Bedürfnissen nach verstetigter Fachkräfteversorgung. Zugleich wird, da in jeder Gesellschaft die Ressourcen begrenzt sind, nirgends eine Maximalversorgung mit Bildung realisiert. Dadurch bleibt ein Teil der individuellen Potenziale immer auch unausgeschöpft. In welchem Maße einerseits diese Nichtausschöpfung gesellschaftlich toleriert wird und andererseits bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, unterliegt einem fortwährenden gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Dafür liefert der demografische Wandel Argumente, welche einer intensivierten Bildungsbeteiligung zuarbeiten.

Unter Bedingungen schrumpfender Altersjahrgänge bei den Nachwachsenden ist es nicht nur normativ wünschenswert, dass jeder Mensch größt-

mögliche (Bildungs-)Chancen erhält, aus seinem Leben etwas machen zu können. Vielmehr ist dies auch funktional notwendig: Den weniger vorhandenen Menschen – darunter insbesondere den Nachwachsenden – müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Je weniger Menschen es gibt, desto weniger kann es sich eine Gesellschaft leisten, auf individuelle Beiträge der Einzelnen zur allgemeinen Entwicklung zu verzichten. Dies läuft auf die Notwendigkeit hinaus, generell das durchschnittliche gesellschaftliche Bildungs- und Qualifikationsniveau anzuheben. Wo weniger Menschen nachwachsen, müssen diese umso stärker in ihrer Entwicklung gefördert werden, damit gesellschaftlich auch weiterhin hinreichend die benötigten Qualifikationen zur Verfügung stehen.

Die Hochschulen werden deshalb zum einen in zunehmendem Maße Strategien entwickeln müssen, um die Zahl der Studierenden zum Beispiel mittels Anwerbung neuer Studierendengruppen auf einem gesellschaftlich akzeptierten Niveau halten zu können. Dafür wird es nötig sein, eine differenzierte Struktur der Hochschulbildungsangebote zu sichern und ihre „unterkritische“ Dichte in der Fläche zu vermeiden. Seitens der Hochschulen selbst kommt hier eine Reihe von Handlungsoptionen in Betracht:

- Eine verstärkte Vernetzung mit den regionalen Schulen, um SchulabgängerInnen für ein Studium innerhalb der Region zu interessieren und damit Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken.
- Die Sicherung einer fachlichen Breite der Studienangebote, da zwischen räumlicher Nähe zu präferierten Fächerangeboten und der individuellen Neigung, ein Studium aufzunehmen, ein empirisch nachgewiesener Zusammenhang besteht (z. B. Spiess/Wrohlich 2008, S. 16).
- Die deutliche Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, indem die Hochschulen dynamischer als bisher Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren entwickeln und dabei sowohl in der beruflichen Qualifikation als auch informell bzw. nonformal erworbene Kompetenzen einbeziehen. Hier gilt: Wer sich in Sachen Durchlässigkeit an die Spitze setzt, kann Innovationsgewinne einfahren. Wer auf eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik verzichtet, wird um die Sache selbst – etwas später – nicht herumkommen, dann allerdings keinen Wettbewerbsvorteil mehr daraus ziehen können.

- Das Bereitstellen besonderer Studienangebote, z. B. über flexible Fächerverknüpfungsmöglichkeiten, interdisziplinäre Studienanteile, Stärkung nichttraditioneller didaktischer Konzepte (Lehrforschungsprojekte, begleitetes Selbststudium, Kleingruppenarbeit usw.), oder die Zusammenarbeit mit Unternehmen, freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen der Region, welche Praktika und studienbegleitende Jobmöglichkeiten anbieten und das Erstellen von Studienabschlussarbeiten ermöglichen.
- Die explizite Option eines Teilzeitstudiums in allen Studiengängen bzw., anders formuliert, das Ermöglichen unterschiedlicher Studiengeschwindigkeiten.
- Die deutliche Stärkung der Servicebereiche der Hochschulen (was ggf. entsprechende – und konfliktbehaftete – Kapazitätsumschichtungen innerhalb der Einrichtungen erfordert). Die allfällige Rede von der „Hochschule als Dienstleistungsunternehmen“ ließe sich in diesem Bereich als eindrucksvoll umsetzbare Handlungsmaxime definieren. Es ließe sich mit der Botschaft „Bei uns können Sie *studieren*. Um alles andere kümmern wir uns“ werben.
- Eine andere Botschaft könnte daran anknüpfen, dass insbesondere StudienanfängerInnen – adolescent, verhaltensunsicher und in latenter Krisenerwartung hinsichtlich ihres Studienerfolgs – besondere sozial-emotionale Sicherheitsbedürfnisse haben. Diese Botschaft könnte daher lauten: „Bei uns sind Sie nur dann allein, wenn Sie es wirklich mal wollen. Vor allem aber sind Sie bei uns Mitglied einer Hochschulcommunity“. Dem Aufkommen von Fremdheitsgefühlen sollte vom ersten Tage an begegnet werden. Dazu könnte beispielsweise ein innerstädtischer Hochschulgebäudekomplex mit entsprechender räumlicher Eignung zum Ort werden, an dem besonders viele soziale, kulturelle und gesellige Aktivitäten, die an der Hochschule stattfinden, konzentriert werden, wo es Gastronomie gibt, und, besonders wichtig in kleineren Hochschulstädten: Auch wenn die Stadt schon schläft, sollte dort noch offen sein. An diesem Ort, so sollte jeder Student, jede Studentin wissen, treffe ich auch um null Uhr noch jemanden, mit dem sich ein Bier trinken lässt.
- Die Garantie eines Masterstudienplatzes für jede Studierende und jeden Studierenden, die/der an der jeweiligen Hochschule ein Bachelorstudium erfolgreich absolviert hat. Diese Garantie sollte auch für einen Zeit-

punkt nach einer ersten Berufsphase gelten. Die Hochschulen könnten sich damit von anderen Hochschulen absetzen, in denen der Zugang zu Master-Programmen eher restriktiv gehandhabt wird.

Zum anderen werden in qualitativer Hinsicht Ansätze benötigt, um einer erwartbaren stärkeren Heterogenität der Studierenden produktiv zu begegnen. Reduzierte Studienanfängerjahrgänge und gleichzeitig ein erheblicher Fachkräftebedarf erzwingen es, dass auch solche jungen Menschen an ein Hochschulstudium herangeführt werden, die für ihre individuelle Qualifizierung bisher eher nichtakademische Optionen präferiert hätten. Die damit notwendig zunehmende Heterogenität betrifft nicht allein die differenzierten kognitiven Anfangsausstattungen der Studierenden, sondern auch unterschiedliche (berufs)biografische Erfahrungshintergründe, kulturelle Herkunft (sozial oder/und ethnisch), Lebensalter sowie Erwartungen und Intentionen, die sich mit einem Hochschulstudium verbinden.

Dafür sind zunächst Rahmenbedingungen nötig, die zur Öffnung der Hochschulen für nichttraditionelle Studierendengruppen beitragen und die Nutzung der Diversity-Potenziale ermöglichen. Das betrifft entsprechende Strukturen etwa in der Kinderbetreuung in Randzeiten oder angepasste und flexible Studienangebote, die das Studieren in Teilzeit und unterschiedliche Studiengeschwindigkeiten ermöglichen. Des Weiteren bedarf es spezifischer, nämlich heterogenitätssensibler Fertigkeiten der Lehrenden. Hierfür stellt die seit Jahren intensivierete Debatte um die Steigerung der Qualität der Lehre mannigfache Anregungen bereit.

Third Mission im demografischen Wandel

An die Hochschulen werden zunehmend gesellschaftliche Erwartungen herangetragen, die über die herkömmliche Leistungserfüllung der Hochschulen, über ihre traditionelle Funktion der Hochschulbildung, hinausreichen. Diese richten sich an sie in zweierlei Hinsicht: Zum einen soll eine aktivere Kommunikation mit der Gesellschaft über Zukunftsfragen (*public understanding of science*) stattfinden, zum anderen ist ein stärkeres regionales Wirksamwerden gefordert.

Für diese sich wandelnden Ansprüche an und neuen Aufgabenfelder für die Hochschulen hat sich in der Debatte der Begriff „Third Mission“ durchgesetzt, um auf gesellschaftsbezogene Aktivitäten und Wirkungen zusätzlich zu den traditionellen Funktionen der Hochschule zu verweisen. Un-

ter dem Begriff Third Mission werden hier räumlich unspezifische (z. B. Weiterbildungsangebote) und regional gebundene (z. B. Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft oder sozialraumbezogene) Aktivitäten verstanden, die über die herkömmlichen Aufgaben in Lehre und Forschung hinausgehen.

So können geeignete Maßnahmen innerhalb der Third Mission z. B. Beiträge zur Sicherstellung der wissenschaftlichen Resonanzfähigkeit der jeweiligen Sitzregion leisten. Dies geschieht etwa durch die Hebung des durchschnittlichen Bildungsniveaus und verstärkte Sozialkapitalbildung der ansässigen Bevölkerung, den Wissenstransfer durch Absolventinnen und Absolventen in die Region, Patentierungsaktivitäten, Kontrakte mit Industrie und öffentlichen Aufgabenträgern, die Förderung und Sicherung kreativer, innovationsgeneigter Milieus, Ausgründungen und nicht zuletzt durch Anregung von Existenzgründungen (auch) im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich, Partizipation am politischen Geschehen oder Teilhabe am sozialen Geschehen vor Ort.

Überlappungen mit den ersten beiden Aufträgen der Hochschule – Lehre und Forschung – sind für die Third Mission charakteristisch, da gesellschaftliches Engagement der Hochschulen mannigfach mit ihnen verbunden ist und sein muss, damit diese angemessen ausgefüllt werden können. Ebenso charakteristisch ist, dass die Third Mission keine Trennung zwischen regionaler und überregionaler Orientierung einer Hochschule bedeutet. Vielmehr ist die regionale Wirksamkeit von Hochschulen dann am aussichtsreichsten, wenn diese ihre Region an überregionale Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -distribution anschließen. Dazu sind sie aufgrund ihrer intellektuellen Kapazitäten, ihres Fächerspektrums und ihrer überregionalen Anbindungen auch wie keine andere Institution in den Regionen in der Lage. Zugleich sind überregional verfügbare wissenschaftliche Wissensbestände für regionale Akteure nutzlos, wenn sie nicht von ansprechbaren Experten gewusst und mit Blick auf die Situation vor Ort durchsucht, geordnet, aufbereitet und kommuniziert werden. Das setzt voraus, dass in Forschung, Lehre und Nachwuchsqualifikation ein solides Qualitätsniveau besteht und die Hochschulen auch überregional und international vernetzt sind.

Im Hinblick auf ökonomische Entwicklungen wird davon ausgegangen, dass sich Produktivitätseffekte wesentlich durch verstärkte bzw. optimierte

Wissensbasierung und damit erhöhte Innovationspotenziale erzeugen lassen. Anlässe für entsprechende Anstrengungen gibt es genügend. Für die jüngere Vergangenheit war in Österreich zwar ein Abbau regionaler Disparitäten sichtbar geworden. Doch hatte dieser seine Ursache nicht in einer signifikanten Angleichung der regionalen Produktivitäten. Die „Aufholprozesse von Regionen mit Entwicklungsrückstand gingen vielmehr (bei hier deutlich höherer Beschäftigungsintensität des Wachstums) auf einen verstärkten Arbeitseinsatz in diesen Regionen zurück“ (Huber et al. 2010, S. 46).

Wenn sonstige Faktoren konstant gehalten werden, dann dürfte es allein durch die demografische Altersstrukturänderung in fast allen Bundesländern zu Produktivitätswachstumseinbußen zwischen etwa -1,3 und -0,7 Prozentpunkten kommen: „Das einzige Bundesland, welches – aufgrund seiner demographischen Sonderentwicklung [Zuwanderung, P. P.] – in Bezug auf das Produktivitätswachstum vom demographischen Wandel profitiert, ist Wien“ (ebd. S. 14).

Hier dürften Hochschulressourcen eine zentrale Bedingung für die Regionalentwicklung unter Bedingungen des demografischen Wandels bilden: Sie stellen Hochqualifikationsangebote bereit, können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen sowie ihre Sitzregionen an die überregionalen Kontaktschleifen des Wissens anschließen. Damit bilden sie eine zentrale Voraussetzung, um die Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte Entwicklungen trotz demografischer Schrumpfung zu erzeugen bzw. zu erhalten.

Ein Instrument, mit dem Hochschulen ihre regionalen Kontexte mit den ihnen eigenen Kompetenzen gestalten könnten, ist zum Beispiel der Aufbau und die Unterhaltung eines regional vernetzten Wissensmanagements, um die Wissensbasis einer Region zu stärken. Dieses Wissensmanagement hätte die Aufgabe, ungenutztes Wissen zu aktivieren, die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anzuregen und gegebene Problemstellungen mit Problemlösungswissen zusammenzuführen. Dazu ist dreierlei sicherzustellen: Erstens ist der Zugang zu dem in der Region an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz vorhandenen Wissen niedrigschwellig zu ermöglichen – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation. Zweitens wird derart eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht, die potenziell jedes Pro-

blemlösungsbedürfnis mit den regional vorhandenen, problemlösungsbezogenen Wissensressourcen verbindet. Drittens müssen Wissensbedarfe, die regional nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

Ausdrücklich ist darauf hinzuweisen, dass ein regionales Wissensmanagement mehr beinhalten muss als die Einrichtung von Technologietransferstellen. Ein kleines Team mit wenigen MitarbeiterInnen muss strukturell an dem Anspruch scheitern, die Forschungsergebnisse einer ganzen Hochschule erklären und vermarkten zu können. Erfolgreicher Technologietransfer kann nur durch Personen erfolgen, die detaillierte Kenntnisse über die jeweils zu transferierende Technologie besitzen, nämlich ProfessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen. In der Realität handelt es sich daher bei Technologietransferstellen auch eher um Informationstransfer- und Hochschulmarketing-Einrichtungen (Rosner/Weimann 2003, S. 153).

Ebenso, um ein anderes verbreitetes Missverständnis zu nennen, erschöpft sich regionales Wissensmanagement nicht in der Erstellung von (an vielen Orten bereits vorhandenen) Forschungsdatenbanken: Solche Datenbanken sind eine Voraussetzung für Problemlösungen, aber noch nicht die Problemlösung selbst. Sie sind um weitere (durchaus auch datenbankbasierte) Wissenssysteme zu ergänzen, wie Transferatlanten, Experten-Pools (unter Einbeziehung auch außerhochschulischer Experten) sowie Verfügbarkeitskataloge zu Spezialgeräten und Laboren, die an Hochschulen existieren und auch von außerhochschulischen Partnern genutzt werden können, etwa für Rapid Prototyping.

Ein solch komplexes Wissensmanagement wird sich ohne Beteiligung der ortsansässigen Hochschulen kaum umsetzen lassen. Die Hochschule verfügt als einzige regionale Akteurin über die intellektuellen Ressourcen und überregionalen Vernetzungen, um sowohl einen Teil der identifizierten Wissensprobleme im eigenen Hause lösen als auch für den anderen Teil die Lösung unter Einbeziehung überregionaler Partner organisieren zu können. Folgende Eckpunkte eines effektiven Wissensmanagements sollten beachtet werden:

- Ein regional vernetztes Wissensmanagement muss Wissensbedarfe bei der regionalen Wirtschaft auch aktiv identifizieren und darf nicht lediglich passive Informationsangebote unterhalten. Insbesondere dann, wenn innovationsferne Branchen in Innovationsprozesse einbezogen werden sollen, ist ein solches Aktivwerden zwingende Voraussetzung.

- Die Navigation durch die öffentlich finanzierten Wissensangebote sollte nicht den unter Wettbewerbsdruck stehenden, privat finanzierten Unternehmen überantwortet werden. Erfolgversprechender dürfte es sein, wenn es im Sinne einer One-Stop-Agency eine definierte Ansprechstelle gibt: Dort wird das Wissensproblem aufgenommen, und ggf. wird gemeinsam eine Präzisierung des Anliegens vorgenommen. Sodann wird von dort aus dieses Problem bearbeitet, wobei für den jeweils Anfragenden Hochschul- oder sonstige Institutionengrenzen weitestgehend unsichtbar bleiben. Am Ende wird ein Problemlösungspaket präsentiert, das, soweit im konkreten Falle sachlich geboten, sämtliche Instrumentarien mobilisiert, die zur Verfügung stehen: F&E, Weiterbildung, mögliche Studienabschlussarbeiten, apparative Nutzungsmöglichkeiten, Absolventenvermittlung usw.
- Schließlich geht es um die gleichfalls aktive Verknüpfung der hochschulischen Lehraufgaben mit regionalen Wissensbedarfen, etwa durch Weiterbildungsangebote zur innovationsorientierten Personalentwicklung in Unternehmen und zur Stärkung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz in technologieorientierten KMU, Berücksichtigung von KMU-Bedürfnissen bei der Studienreform, d. h. insbesondere der Verzicht darauf, Nur-Spezialisten auszubilden, da kleine und mittlere Unternehmen aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Belegschaften besonders auf flexibel einsetzbares Personal angewiesen sind (Dohmen/Himpele 2007, S. 302), duale Studiengänge, Kooperation bei Praktika und Studienabschlussarbeiten usw.

Schließlich ist als Problem zu notieren, dass die so genannte Third Mission in der Regel auf zwei Erwartungen reduziert wird, die sich an die Hochschulen richten: Sie sollen die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region gewährleisten und Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen geben. Sie konzentriert sich also auf zwei sehr eng an die „First & Second Missions“ gekoppelte Hochschulaktivitäten. Der unter Third Mission ebenso zu fassende Handlungsbereich, Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen zu liefern, ist dagegen auch in der einschlägigen Literatur wenig ausgearbeitet.

Gleichwohl hat ökonomische Entwicklung auch nichtökonomische Bedingungen. Hier bestehen Innovationsbedarfe, die mit einer bloßen wirtschaftlichen Innovationsorientierung nicht abzudecken sind: Es geht eben-

so um benötigte soziale Innovationen in den Regionen. Dafür ist Wissen über Ursachenzusammenhänge und Handlungsoptionen erforderlich, und daher werden auch im Bereich der Sozialwissenschaften regionale Forschungskapazitäten benötigt – zumal diese noch weniger als in den wirtschaftsnahen Feldern durch privatwirtschaftlich organisierte Forschungseinheiten bereitgestellt werden können. Werden zur wissenschaftsgestützten Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme nicht die wissenschaftlichen Potenziale der jeweiligen Region selbst mobilisiert, dann werden die Problembearbeitungsprozesse analytisch unterbelichtet bleiben – denn von außen wird diese Expertise nicht kommen, allenfalls sporadisch als Ausdruck eines zeitweiligen Interesses an einem „interessanten Fall“.

Fazit

Die demografischen Wandlungsprozesse verlaufen regional selektiv und mit unterschiedlicher Intensität. In der Perspektive der Regionalentwicklung folgt aus der Polarisierung in demografische Wachstumszonen und Schrumpfungsbereiche eine Raumdifferenzierung in Prosperitätszonen einerseits und Stagnations- bzw. Abschwungkorridore andererseits. In der Perspektive einer wissenschaftlichen Raumbetrachtung wird deutlich, dass in klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen zentrale Annahmen darüber, was die Wissensgesellschaft ausmache, nicht gelten – denn diese sind üblicherweise metropolitan geprägt. Sollen dennoch wissenschaftliche Entwicklungsfaktoren mobilisiert werden, müssen vorrangig die regionalen Hochschulen in den Blick genommen werden: Sie sind, da weit überwiegend öffentlich finanziert, die institutionell stabilsten Agenturen der Wissensgesellschaft.

Die Auswirkungen der demografischen und finanziellen Rahmenbedingungen werden vornehmlich regional wirksam. Die Regionen haben ein Interesse an einer selbsttragenden Entwicklung. Die in den Regionen ansässigen Hochschulen sind einerseits ebenfalls von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen, andererseits haben sie ein Interesse an organisationaler Stabilität. Beides lässt sich zusammenführen.

Den in geringerer Zahl vorhandenen Menschen – darunter insbesondere den Nachwachsenden – werden mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen zu eröffnen sein, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Die

Hochschulen werden daher zum einen in zunehmenden Maße Strategien entwickeln müssen, um die Zahl der Studierenden beispielsweise über die Anwerbung neuer Studierendengruppen auf einem gesellschaftlich akzeptierten Niveau halten können. Zum anderen werden in qualitativer Hinsicht Ansätze benötigt, um einer erwartbaren stärkeren Heterogenität der Studierenden produktiv zu begegnen.

Zugleich wird es sowohl die Regionen als auch die Hochschulen stärken, wenn letztere Leistungen einerseits erbringen, andererseits plausibel darstellen, die gesellschaftliche Erwartungen in Bezug auf ihr stärkeres regionales Wirksamwerden bedienen. Durch die Beteiligung der Hochschulen an der Regionalentwicklung kann zweierlei erzeugt werden: erstens eine verstärkte bzw. optimierte Wissensbasierung und damit zweitens mehr wirtschaftliche und außerökonomische Innovationspotenziale in der Region.

Literatur

- Dohmen, Dieter/ Himpele, Klemens (2007) *Struktur- und Exzellenzbildung durch Hochschulen in den Neuen Ländern. Abschlussbericht eines Projekts im Rahmen des Forschungsprogramms Aufbau Ost*. Unter Mitarb. v. Dominik Haubner, Anne Knauf, Mirjam Reiß u. Andrea Schmidt. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie. Berlin. Verfügbar unter: http://www.fibs-koeln.de/de/sites/_wgData/Forum_039_Hochschule-Ost.pdf, abgerufen am 12.7.2007.
- Huber, Peter/ Mayerhofer, Peter/ Schönfelder, Stefan/ Fritz, Oliver/ Kunnert, Andrea/ Pennerstorfer, Dieter (2010) *Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WiFo). Wien. Verfügbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2010_wifo_5555.pdf, abgerufen am 25.11.2012.
- Müller, Claus Peter (2012) *Unter den rot-blauen Flickenteppich gekehrt*. In: FAZ, 5.11.2012, S. 5.
- Rosner, Ulf/ Weimann, Joachim (2003) *Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt. Teil II: Fiskalische, Humankapital- und Kapazitätseffekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)*. Unter Mitarb. v. Renate Bendel, Hagen Findeis u. Harald Simons. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Magdeburg.

- Schipfer, Rudolf Karl (2005) *Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Regionen und Kommunen*. Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖiF). O. O. Verfügbar unter: http://www.oif.ac.at/fileadmin/OEIF/Working_Paper/wp_51_demographischer_wandel.pdf, abgerufen am 25.11.2012.
- Spiess, C. Katharina/ Wrohlich, Katharina (2008) *Does Distance Determine Who Attends a University in Germany?* IZA – Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. IZA DP No. 3615. Bonn. Verfügbar unter: <http://ftp.iza.org/dp3615.pdf>, abgerufen am 12.4.2010.
- Steets, Silke (2011) *Die Stadt als Wohnzimmer und die Floridarisation der Stadtpolitik*. In: Hermann, Heike/ Keller, Carsten/ Neef, Rainer/ Ruhne, Renate (HgInnen) *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)*. Wiesbaden: VS Verlag, 87-103.
- Stehr, Nico (2001) *Moderne Wissensgesellschaften*. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 36/2001, 7-14. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/K318AX.pdf>, abgerufen am 12.8.2011.



REINHOLD POPP
ELMAR SCHÜLL (HRSG.)

**FH 2030 -
ZUR ZUKUNFT
DER ÖSTER-
REICHISCHEN
FACHHOCH-
SCHULEN**